

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 16.11.2021

„Verkehrsprobleme durch „Eltern-Taxen“ an Schulen“
(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie reagiert der Senat auf die Mitte September 2021 erneut angezeigten Verkehrsprobleme rund um die Grundschule an der Melanchthonstraße, die vor allem durch sogenannte Eltern-Taxen verursacht werden?
2. Liegen dem Senat vergleichbare Problemanzeigen in den letzten 12 Monaten von weiteren Schulen vor und wenn ja, von welchen?
3. Welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen können ergriffen werden, um die Verkehrssituation rund um Schulen zu entspannen und an welchen Schulen plant der Senat solche Schritte?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die jeweilige Verkehrssituation vor den einzelnen Schulen wird differenziert betrachtet, entsprechend der Gefährdungssituation bewertet und dann ggf. entschärft. Alle Schulen sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst.

Im nächsten Umfeld der Grundschule an der Melanchthonstraße sind absolute Halteverbote ausgeschildert. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten werden durch die Polizei Bremen sowie auch durch die Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes nach pflichtgemäßem Ermessen geahndet. Sofern die Situation nach polizeilicher Bewertung im Einzelfall polizeiliche Kontrollmaßnahmen geboten erscheinen lässt, leitet die Polizei Bremen diese ein. Die zuständige Kontaktpolizistin ist auf den Elternabenden präsent und informiert.

Zu Frage 2:

Dem Senat ist eine Problemanzeige aus der Gesamtschule Rechtenflether Straße bekannt, die entsprechend der vorhergehenden Darstellung bearbeitet wird. Darüber hinaus organisieren die Schule und der Elternbeirat der Grundschule am Buntentorsteinweg Elternlotsen, die zuverlässig vor Schulbeginn und nach Schulende die kritische Ampelquerung begleiten. Weitere Problemanzeigen liegen nicht vor.

Zu Frage 3:

Die Polizei Bremen setzt im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit auf Verkehrserziehung und Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Verfolgen von Verkehrsverstößen. Sie macht auch Vorschläge zur Verkehrsraumgestaltung. Die jährlich wiederkehrende Präventions-Aktion „Gelbe Füße“ zielt darauf ab, die Schulwege sicherer zu machen, indem den Kindern und Eltern geeignete Überquerungsmöglichkeiten der Straßen aufgezeigt werden. Dadurch soll es den Kindern einfacher gemacht werden, den Schulweg selbständig zu bewältigen.

Des Weiteren stellen falsch geparkte KFZ für Kinder oft ein Verkehrssicherheitsrisiko dar. Teilweise auf dem Gehweg stehende Fahrzeuge vermindern den Raum für radfahrende Kinder. Sie erhöhen zudem die Gefahr für das Überqueren der Straße, da insbesondere hinter großen Autos Kinder nur schwer die Straße einsehen können. Dies gilt auch für illegal im Kreuzungsbereich abgestellte Fahrzeuge. Fahrzeuge, die illegal auf dem Radweg abgestellt sind, erhöhen ebenfalls die Unfallgefahr, da Radfahrer*innen dadurch entweder auf den Fußweg oder in den Straßenraum ausweichen müssen. Für Kinder, die sich gerade erst im Verkehrsraum beginnen zurechtzufinden, sind diese Situationen unübersichtlich und gefährlich. Diese Problemlagen lassen sich nachhaltig durch bauliche Maßnahmen wie das Einrichten von Pollern lösen. Regelverstöße werden durch die Polizei im Rahmen der alltäglichen Aufgabenwahrnehmung sanktioniert.

Verkehrsprobleme durch „Eltern-Taxen“ an Schulen stellen ein grundsätzliches Problem dar, das differenzierte Lösungen durch die beteiligten Schulen sowie die beteiligten Ressorts SKB, SKUMS und SI erfordert. Dabei streben wir temporäre Sperrungen (sog. Schulstraßen) an.

Schulneugründungen sollen von Beginn an als ‚Zu-Fuß-Schule‘ etabliert werden. Zusammen mit den beteiligten Ressorts wird bei Schulneubauten angestrebt Konzepte zu entwickeln, bei denen alternativen Fortbewegungsmitteln ein höherer Stellenwert beigemessen wird. So soll die Erreichbarkeit einer Schule z.B. per Fahrrad oder Roller gefördert werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatorin für Kinder und Bildung und dem Senator für Inneres abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 15.11.2021 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.